



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von Christian Steiner, CVP/EVP-Fraktion: Freie Schulwahl durch die Hintertür - zu Lasten der Gemeinde

Autor/in: [Christian Steiner](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 19. Mai 2011

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Gemäss Paragraf 26 Abs. 2 des Bildungsgesetzes und Paragraf 16 der entsprechenden Verordnung kann ein Primarschulkind, das regelmässig mindestens zur Hälfte einer Arbeitswoche (fünf Vormittage und mindestens zwei Nachmittage?) in einer andern Gemeinde des Kantons betreut wird, die Schule in dieser Gemeinde besuchen, sofern seine Aufnahme nicht die Bildung einer zusätzlichen Klasse bedingt. (Gilt analog auch für Kindergarten)

Damit ein solches Gesuch bewilligt werden kann, muss eine Person in der aufnehmenden Gemeinde mit ihrer Unterschrift bezeugen, dass sie die Betreuung des Kindes während dieser Zeit übernimmt. Alsdann ist die Wohngemeinde verpflichtet, bis zu 80% des für den ausserkantonalen Schulbesuch festgesetzten Betrages für Schulunterricht an die aufnehmende Gemeinde zu entrichten. Aktuell: Primarschule 80% von Fr. 10300 = Fr. 8240

Im ganzen Verfahren wird mit keiner Silbe verlangt, dass die "abgebenden Eltern" des Schulkindes belegen müssen, dass sie die Betreuung ihres Kindes nicht selber übernehmen können (beispielsweise indem beide zusammen zu 150 % berufstätig sind).

Mit dieser ungenügenden gesetzlichen Regelung ist dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet: Eltern, die vielleicht Probleme mit der Schule in der Wohngemeinde haben, suchen sich ihre Wunschschule für ihr Kind aus, organisieren in dieser Gemeinde eine betreuende Person und schon ist der Deal perfekt. Und die Wohngemeinde ist gezwungen, Schulgeld an die aufnehmende Gemeinde zu entrichten. Dabei ist es sogar möglich, dass ein Kind mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur auswärtigen Schule pendelt, ohne je die betreuende Person beanspruchen zu müssen.

Gravierend wird die Sache dann, wenn vor allem in kleineren Gemeinden auf Grund solcher "Deals" Klassen geschlossen werden müssen.

Ich fordere die Regierung auf, zu prüfen, wie die Verordnung oder das Bildungsgesetz angepasst werden müssen, um solchen Missbrauch zu verhindern.